

*September 2013*

**Liebes Mitglied,**

ich begrüße Sie nach der Sommerpause und heiße Sie herzlich willkommen bei der Septemбераusgabe unseres Bulletins, aus deren Anlass ich Ihnen einen Vorgeschmack auf aktuelle Ereignisse und in den nächsten Monaten anstehende Themen geben kann.

Zur Fortsetzung unseres Programms für Kurzaufenthalte haben wir am 25. und 26. Juni dieses Jahres die Parlamentarische Versammlung des Europarates (PACE) und den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg (EGMR) besucht, worüber Brigitte Langenhagen und Christine Oddy in dieser Ausgabe berichten. Der Termin bei der PACE fiel zeitlich mit einer faszinierenden Plenarsitzung über die Frage zusammen, ob Ungarn angesichts der jüngsten verfassungsmäßigen, institutionellen und politischen Ereignisse in diesem Land einem Beobachtungsverfahren unterzogen werden soll. Anschließend Fachvorträge und ein reger Austausch mit Wojciech Sawicki, Generalsekretär der PACE, und Caroline Ravaud, Leiterin des Sekretariats des Ausschusses für die Einhaltung der von den Mitgliedstaaten des Europarates eingegangenen Verpflichtungen, erinnerten unsere Delegation an die Tiefe und Kontinuität des Engagements durch den Europarat und seiner Verbundenheit mit dem Europa der Werte.

Luis López Guerra, Staatssekretär für Justiz und spanischer Vertreter beim EGMR, berichtete der Delegation umfassend über Arbeitsmethode und Umfang der Tätigkeit des Gerichtshofs sowie seine zentralen Herausforderungen und seine Rolle als Garant der Menschenrechte. Des Weiteren umriss Clare Ovey, Referatsleiterin bei der Registratur des EGMR, die wesentlichen Fragen in Verbindung mit dem Beitritt der Europäischen Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention und ihrem Zugang zum Gerichtshof. Einige Mitglieder der Delegation nutzten ihre Anwesenheit in Straßburg für einen Besuch von ARTE, dem europäischen öffentlich-rechtlichen Kulturfernsehsender, über den Karin Junker für uns berichtete. Der Sender, der aus einem deutsch-französischen Projekt hervorging, ist ein eindrucksvolles Beispiel für die Förderung des gegenseitigen Verständnisses und der gegenseitigen Offenheit.

Es sind nur noch wenige Wochen bis zu unserem Jährlichen Studienbesuch, aus dessen Anlass wir uns vom 28. September bis 6. Oktober in Tunesien aufhalten werden. Es entspricht der gängigen Praxis, dass wir uns mit zentralen Akteuren aus Politik, Bürgergesellschaft, Medien und Hochschulen unseres Gaststaates treffen. Nach dem Arabischen Frühling befindet sich dieser Vorreiterstaat noch immer in einem schwierigen Übergang und steht kurz vor der Annahme einer neuen Verfassung – dies in einem nach jüngsten politischen Morden weiterhin angespannten innenpolitischen Umfeld, das aber auch durch die Sehnsucht nach Stabilität geprägt ist, wodurch sich Tunesien von einigen seiner arabischen Nachbarn unterscheidet. In dieser Ausgabe finden Sie Beiträge des Parlaments und der Kommission mit Hintergrundinformationen über Tunesien.

Einzelheiten über das jährliche Dinner und Seminar werden derzeit geklärt. Beide Veranstaltungen werden am 4. Dezember 2013 stattfinden. Das Seminar beginnt um 15.00 Uhr; anschließend (18.30 Uhr) wird ein Empfang vor dem Abendessen gegeben. Bei einem Seminar am Vorabend des Jahres der Erneuerung der EU 2014 – von den Wahlen zum Europäischen Parlament über die Ernennung einer neuen Europäischen Kommission bis zur

Wahl eines neuen Präsidenten des Europäischen Rates – haben wir beschlossen, uns dem Thema Europa der Werte zu widmen. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Politik im Allgemeinen und in die EU-Institutionen im Besonderen ist zurückgegangen; darin spiegeln sich das Ausmaß und die Auswirkungen der derzeitigen Krise wider. Politikfeindlichkeit und Populismus sind auf politischer Ebene überall in der EU erkennbar und werden im bevorstehenden Jahr der Veränderung, insbesondere bei den EP-Wahlen, unausweichlich ihren Teil beitragen. Unser Seminar wird sich mit der Frage befassen, wofür das heutige Europa steht und welche Werte es verkörpert und fördert.

Zur Bestätigung Ihrer Teilnahme an unseren Veranstaltungen im Dezember füllen Sie bitte das Anmeldeformular in dieser Ausgabe des Bulletins aus und senden es per E-Mail oder Fax an das Sekretariat des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Zu guter Letzt freue ich mich, Ihnen die Gründung der Europäischen Stiftung für Parlamentarische Demokratie ankündigen zu dürfen. Die Stiftung wird der Hauptrahmen für unsere Aktivitäten sein, darunter das Programm „EP to Campus“ und die Global Democracy Initiative. Richard Balfe stellt die Stiftung auf den nächsten Seiten vor.

Mit den besten Wünschen

**Pat COX**

### **Stiftung für parlamentarische Demokratie gegründet**

Direkt im Anschluss an die Jahresversammlung der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments am 5. Juni hat der Verwaltungsausschuss am Nachmittag die Dokumente der Stiftung für parlamentarische Demokratie gebilligt und unterzeichnet.

Die Gründung einer gemeinnützigen Stiftung nach belgischem Recht ist ein großer Schritt nach vorne, der es uns ermöglicht, das Projekt „EP to Campus“ und andere Projekte getrennt von den laufenden Ausgaben des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments zu finanzieren. Außerdem können fortan Spenden zu gemeinnützigen Zwecken an die Stiftung gesammelt und Sponsorengelder eingeworben werden.

Gründungsmitglieder des Vereins sind der derzeitige Präsident, Pat Cox, und seine zwei Vorgänger, Henry Plumb und José María Gil Robles. Die Zusammensetzung des Vorstands ist genau die gleiche wie die des Verwaltungsausschusses des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Die Stiftung wird sich insbesondere damit befassen, dass ein eigener und diskreter Fonds eingerichtet werden muss, in den die eingeworbenen Gelder eingezahlt werden können. Selbstverständlich möchten viele Sponsoren, die ein Projekt – wie zum Beispiel „EP to Campus“ – finanziell unterstützen möchten, sichergehen, dass ihre Spende tatsächlich in das Projekt einfließt. Mit einem solchen Fonds hätten wir die Möglichkeit, die Spenden strikt von den allgemeinen Ausgaben zu trennen, dies jährlich im Jahresabschluss klar auszuweisen und detailliert aufzuzeigen, wofür die eingenommenen Gelder verwendet werden.

Außerdem könnten Spenden zu gemeinnützigen Zwecken und projektbezogene Spenden von Mitgliedern angenommen werden. Wenn Sie eine Spende tätigen möchten oder jemanden

kennen, der dies möchte, wenden Sie sich bitte an das Sekretariat oder mich, um nähere Informationen zu erhalten.

**Richard Balfe**  
**Member of the FMA Board**

### **Grundwerte der EU – ein Feigenblatt?**

Mensch und Gesellschaft, sagt Edmund Burke, lassen sich nicht am Reißbrett entwerfen! Politik, sagen andere, die den einzelnen Menschen ernst nimmt, in seiner Schwäche wie in seiner Freiheit, ist skeptisch gegenüber der gesellschaftsgestaltenden Weisheit weniger, skeptisch gegenüber einer Planung und Steuerung der menschlichen Verhältnisse.

Die Mitgliedschaft in unserem Europa ist nicht nur eine Frage von Wirtschaft und politischen Institutionen, sondern auch von Glaube und Kultur, von historischer Verankerung und vernetzender Heimatliebe, von Seele und Symbolik. Das alles muss gepflegt werden! Wir sollten Demut zeigen! Wir Europäer können uns auf eine lange Friedenszeit berufen – und das vor allem, weil wir uns insbesondere drei Grundwerten verschrieben haben: den Menschenrechten, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit!

Der Mensch ist vergesslich – auch der Europäer. Der gute Ist-Zustand – bei aller Sorgen um die immense Jugendarbeitslosigkeit – ist nur erreicht durch eine gesunde Balance von Geben und Nehmen. Festgeschrieben wurde sie 2007/2009 in der Grundrechtecharta der Europäischen Union, manifestiert auch in den rund 35 Beitrittskapiteln der EU. Und sie ist bereits seit 1949, dem Jahr der Gründung des Europarats, für diesen unabdingbare Grundlage jeder toleranten und zivilisierten Gesellschaft für ein stabiles, funktionales und kohärentes Europa. 47 Staaten zählt der Europarat heute; Kanada, Japan, die USA und Mexiko haben einen Beobachterstatus! Welch' eine demokratische Macht, ausgestattet mit zahlreichen Übereinkommen, Abkommen und Konventionen! Doch stark genug?

Die Macht gewählter Politiker variiert ständig! Neuwahlen bringen neue Mehrheiten! Versprechen werden vergessen.

Mit dem klassischen Vertragsverletzungsverfahren kann die Kommission zwar konkrete Einzelverstöße gegen EU-Recht ahnden – aber ihr fehlt die Handhabe bei nationalen Zuständigkeiten! Die Mitgliedsstaaten verbieten sich die Einmischung! Selbst die schärfste Waffe, das Verfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrags bei Grundrechtsverstößen (mit 2/3 Mehrheit), bleibt stumpf; es droht nur der Entzug des Stimmrechts in den EU-Gremien. Auch bei klarem Votum der „Venedig-Kommission“.

Ja, es gibt zum Nachweis des Unrechts den Monitoring-Ausschuss. Diesen einzusetzen verneinte die Parlamentarische Versammlung im Falle von Ungarn.

Wir als FMA waren im Europarat in Straßburg dabei – und irritiert! Gute zwei Stunden wurde heftig gestritten über den „Antrag, das Monitoring-Verfahren im Falle Ungarns anzustreben“ (DOC. 13229, Berichterstatterin Kerstin Lundgren (Schweden, Liberale)). Wojciech Sawicki, der Generalsekretär, sagte später beim Abendessen, dass er ein derartiges Abstimmungsverhalten bisher nicht erlebt habe; es war nicht konsistent und von wechselnd anwesenden Abgeordneten abhängig.

Allerdings hat auch eine Woche später das Europäische Parlament keine 2/3 Abstimmungsmehrheit erreicht. Der Regierung von Ministerpräsident Viktor Orbán wurde lediglich ein Verfahren nach Artikel 7 in Aussicht gestellt.

Dennoch ist der Beschluss eine weitere Zuspitzung im seit Jahren währenden Streit über die diversen Verfassungsreformen der ungarischen (demokratisch gewählten!) Regierungsparteien. Von einer Lex Orbán ist die Rede. Es geht um die Rechte des Verfassungsgerichts, Wahlen, die Unabhängigkeit der Justiz, die Medienfreiheit, Minderheitenrechte und die Anerkennung von Religionsgemeinschaften – heißt um die Einschränkung derer!

Caroline Ravaud, Leiterin des Sekretariats des Komitees „on Honouring of Obligations and Commitments by Member States of the Council Europe“ beantwortete engagiert unsere Fragen! Ihre kluge Präsentation unterstrich den generell enormen Arbeitsaufwand!

Vielleicht brauchen wir einen Fortschrittsbericht NACH dem Beitritt der einzelnen Staaten – und neue Ideen für Strukturen und Programme, die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gezielt fördern – zugunsten der Grundwerte in Europa?!

Die Versammlung tagte übrigens in dem alten dunklen fast ehrwürdigen Mahagoni-Plenarsaal des EPs – das Gegenteil zu dem lichtdurchfluteten hellen Glas-Ambiente des Neubaus. Persönliche Erinnerungen an die ersten eigenen Reden wurden wach...

**Brigitte LANGENHAGEN**  
**EPP-DE, Germany (1990-2004)**

### **STUDIENREISE ZUM EUROPÄISCHEN GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE**

Im Rahmen der Studienreise zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte erhielten die ehemaligen Mitglieder in zwei Informationssitzungen von Richter Luis López Guerra, dem Vertreter Spaniens am Gerichtshof, und von Clare Ovey, der Leiterin der Kanzlei, einen umfassenden Einblick in die Arbeit des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte.

Richter Luis López Guerra erklärte, dass seit der Auflegung zur Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention am 4. November 1950 in Rom 47 Staaten zu Konventionsstaaten geworden sind, wobei ihr heute alle europäischen Staaten mit Ausnahme der Vatikanstadt und Belarus angehören. Der Richter hob hervor, wie wichtig die Verhandlungen mit der Europäischen Union über deren Beitritt zu der Konvention sind, damit es nicht zu Abweichungen zwischen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der des Gerichtshofs der Europäischen Union kommt.

Die Rechte aus der Konvention wurden durch die Rechtsprechung des Gerichtshofs erweitert. Seit das Protokoll 11 von 1998 den Bürgern einen direkten Zugang zum Gerichtshof ermöglicht, ist dieser mit 150 000 Fällen in einen gewaltigen Rückstand geraten. Der Rückstand wurde verringert, indem 2010 mit dem Protokoll 14 gestattet wurde, die Behandlung von Fällen angesichts der Notwendigkeit schnellerer Entscheidungen zu beschleunigen, und indem das Instrument des Piloturteils für ähnlich gelagerte Fälle eingeführt wurde. Die meisten Beschwerden kommen aus Rumänien, Russland, der Ukraine, Italien und der Türkei. Der Gerichtshof kann vorläufige Maßnahmen treffen und die

Konventionsstaaten anweisen, eine Handlungsweise zu unterlassen, bis in einem Fall ein Urteil vorliegt. Richter Luis López Guerra zeigte sich hoffnungsvoll, dass der Rückstand in drei oder vier Jahren beträchtlich verringert werden könne.

Er betonte, der Gerichtshof habe keinerlei Exekutivbefugnisse und seine Entscheidungen seien lediglich von deklaratorischer beziehungsweise moralischer Bedeutung; das Dossier wird jedoch dem Ministerkomitee des Europarates übermittelt, das seinerseits mit dem Konventionsstaat berät, wie das Urteil durchgesetzt und weitere Verstöße verhindert werden können.

In einer interessanten Fragerunde lag ein besonderer Schwerpunkt auf dem in jüngerer Zeit ergangenen Urteil gegen das Vereinigte Königreich, das Gefangenen während ihres Gefängnisaufenthalts das Wahlrecht grundsätzlich verwehrt.

Clare Ovey hob hervor, dass das System allen Bürgern offen steht, ohne dass Barrieren wie Gerichtsgebühren bestünden. Die Einfachheit und Offenheit des Systems haben laut Ovey den Nachteil, dass sehr viele Anträge gestellt würden, sodass es zu Verzögerungen komme. In letzter Zeit habe der Arbeitsrückstand aber innerhalb von 18 Monaten um 23 % verringert werden können, zumal es nunmehr die Möglichkeit gebe, dass ein Einzelrichter die Fälle aussortiert, die eindeutig unzulässig sind, weil beispielsweise nicht alle innerstaatlichen Rechtsbehelfe erschöpft wurden oder die Frist von sechs Monaten für die Einreichung der Beschwerde nicht eingehalten wurde. Im Hinblick auf die in Rückstand befindlichen Fälle aus Russland unterstütze das Land selbst deren Bearbeitung, indem es zehn Juristen zum Gerichtshof abgeordnet hat und für deren Vergütung aufkommt, damit sie bei der Übersetzung der Fälle Hilfestellung leisten.

In einer lebhaften und sehr ins Detail gehenden Fragerunde erklärte Clare Ovey, dass im Fall der Türkei und der Kurden die Frage der Erschöpfung der innerstaatlichen Rechtsbehelfe flexibel gehandhabt werde, da noch nie eine entsprechende Rechtssache zur Verhandlung gekommen sei. Die weitaus meisten Beschwerden im Zusammenhang mit abgewiesenen Asylanträgen kämen aus dem Vereinigten Königreich, Frankreich, Schweden und den Niederlanden. In Fällen, in denen die reale Gefahr eines irreversiblen Schadens besteht, kann ein einstweiliger Rechtsschutz verfügt werden. Was die Überprüfung der Konvention angeht, erläuterte Clare Ovey, dass sich die Konferenz in Brighton dem Problem des Vollzugs der Urteile widme.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass beide Präsentationen von hervorragender Qualität waren und alle Beteiligten auf der Studienreise viel dazugelernt haben.

**Christine Oddy**  
**PES, United Kingdom (1989-1999)**

### **Eine Bereicherung für Europas Fernsehlandschaft**

Die Fernsehlandschaft ist in Deutschland und Frankreich seit 1992 fraglos reicher geworden. Das verdanken die beiden Nachbarländer dem konservativen deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem sozialistischen französischen Staatspräsidenten Francois Mitterand. Beide beschlossen, die deutsch-französische Freundschaft mit einem der Kultur verpflichteten binationalen Fernsehkanal mit europäischer Ausrichtung in der Europastadt Strassburg zu vertiefen.

Das Modell war in beiden Ländern nicht unumstritten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. In Deutschland nahm man Anstoss daran, dass es sich um eine politische Initiative handelte. Man fürchtete Einflussnahme auf die Programme und Einschränkungen der journalistischen und künstlerischen Unabhängigkeit. Deshalb bestand man von deutscher Seite auf Einrichtung eines ehrenamtlichen, paritätisch besetzten Programmbeirates mit Beratungs- und Kontrollfunktion nach dem Muster der deutschen Rundfunkräte, die für alle öffentlich-rechtlichen Medienunternehmen vorgeschrieben sind. In Frankreich hätte man den Standort Paris vorgezogen. Bedrückender war allerdings, was sich in Frankreich zunächst an Deutschfeindlichkeit entlud: im Nationalparlament ebenso wie in der Presse, die sich mit Schmähartikeln und perfiden Karikaturen überbot. Und heute? Längst Schnee von gestern! Ich hatte die Freude, von Januar 1992 als Mitglied des deutsch-französischen Programmbeirates von Anfang an dabei sein zu dürfen - eine Freude auch deshalb, weil ich nun mit prominenten Vertretern und Vertreterinnen der französischen Kulturwelt an einem Tisch sitzen konnte, die ich sonst nie kennengelernt hätte, und das nicht nur in Strassburg, sondern auch in kulturellen Hochburgen beider Länder. Die französischen Mitglieder wussten zunächst mit einem solchen Beirat nichts anzufangen, aber schon bald wurde allen Beteiligten klar, dass ohne diese Möglichkeit des regelmässigen Austausches und Feedbacks Arte eine wichtige Grundlage der Verständigung gefehlt hätte. Arte war nicht nur in dieser Hinsicht ein Projekt nach der Methode learning by doing. Schliesslich konnte niemand wissen, welche Programme hier wie dort Interesse finden würden. Daraus hat sich auch eine grosse Experimentierfreudigkeit entwickelt. Unvergessen sind mir die Operaufführungen La Traviata im Hauptbahnhof Zürich oder "La Boheme im Hochhaus" (in einem Berner Hochhausviertel mit Sozialbauten). Schon früh hat Arte auch auf Präsenz im Netz und Livestream gesetzt.

Die wichtigsten Prinzipien sind Parität und Kooperation. Alles ist hälftig geregelt: jede Seite stellt die Hälfte des Personals, die Hälfte des Programms und die Hälfte der erforderlichen finanziellen Mittel für die Programme in beiden Sprachen. Die Senderspitze wird vertragsgemäss alternierend besetzt. Präsidentin ist zur Zeit Veronique Cayla von Arte France, Vizepräsident Langenstein kommt von Arte Deutschland. .

Den Anspruch, ein Europäischer Kulturkanal zu sein, hat Arte eingelöst. Im Programm finden sich Filme, Dokumentationen und Themen aus allen Teilen Europas. Mit dem ORF in Österreich und dem belgischen Fernsehen gibt es eine besonders enge Kooperation. Eine Besonderheit sind die Themenabende mit Fakten und Hintergründen eines Themas. Jahrestage werden mit spezifisch gewürdigt, etwa mit einer Hommage zum 30. Todestag von Bunuel. In den Sommerwochen gibt es jährlich ein Spezialthema, 2013 : "Summer of Soul". Arte ist ein unverzichtbarer Ko-Produzent von Kinofilmen von hohem internationalen Ansehen . Für alle Programmgenres hagelt es Preise .

Dennoch ist Arte ein Nischensender geblieben. Das ist schade, denn man würde ihm ein Massenpublikum wünschen. Andererseits würde er dann wohl an Exklusivität verlieren. Es ist gut, dass es Arte gibt., das dank moderner Kommunikationstechniken weit über die Sendegebiete der Gründerländer hinaus zu empfangen ist . Das war gewiss auch der Eindruck der FMA-Besuchergruppe in der Strassburger Zentrale , wo man auch medienpolitisch einiges lernen konnte und mit einem sternemässigen Lunch verwöhnt wurde. Danke Arte!

**Karin JUNKER**  
**PES, Germany (1989-2004)**

## ANDORRA

Wir erinnern uns immer noch sehr gerne an den Besuch der Mitglieder des Vereins der ehemaligen Abgeordneten der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP), die uns die Ehre zuteilwerden ließen, die Frühjahrstagung ihres Präsidiums am 14. Juni 2013 in unserer Hauptstadt auszurichten.

Die AESCO, der Verein ehemaliger Abgeordneter Andorras, der ein Mitglied der FP-AP ist, war mit der Organisation des Empfangs der europäischen Kolleginnen und Kollegen betraut, die uns mit ihrer Anwesenheit beehrten. Die große Hoffnung, die mit unserer Bewerbung einherging, wich schnell einer tiefen Beklommenheit, als diese berücksichtigt wurde.

Warum zunächst die Hoffnung und dann eine große Besorgnis?

Zunächst die Hoffnung:

Unser Land erfüllte, so schien es uns, trotz seiner geringen Größe die erforderlichen Bedingungen für die Ausrichtung dieser Veranstaltung. Unser Land hat sich innerhalb weniger Jahre von einer Subsistenzwirtschaft – basierend auf der Landwirtschaft in den kargen Bergregionen, in der die Landwirte sich bemühten, die wenigen in den Tälern gelegenen Schwemmlandflächen fruchtbar zu machen, wobei die Bewohner bisweilen sogar gezwungen waren, die Berghänge zu erklimmen und dort „Gestelle“ zu errichten, die es ihnen ermöglichten, die wenigen Sack Roggen und die wenigen Kilogramm Kartoffeln zu erzeugen, die erforderlich waren, um die harten Winter zu überstehen – zu einer dienstleistungsbasierten Wirtschaft gewandelt.

Unser Bankensystem ist stabil und hat die Auswirkungen der Krise, die einige europäische und amerikanische Banken schwer und hart getroffen hat, ohne offensichtliche Schäden überstanden.

Die Straßen unserer kleinen Städte sind gesäumt von zahlreichen Luxusgeschäften, die sich nicht vor denen der Einkaufsstraßen der europäischen Städte verstecken müssen. Sehr viele Touristen aus allen europäischen Ländern besuchen unsere Geschäfte.

Unsere Hotellerie ist ebenfalls erwähnenswert sowohl aufgrund der Qualität als auch der Zahl der Hotelbetriebe.

Die Frage war, ob es unser institutionelles System ermöglichen würden, den Empfang zahlreicher ehemaliger Abgeordneter aus den wichtigsten Ländern Europas zu bewältigen, die sich zweifellos über die Arbeitsweise unserer Institutionen informieren würden.

Wir haben dieses Jahr den 20. Jahrestag der Annahme unserer Verfassung gefeiert, mit der unser Land als parlamentarische Monarchie mit Gewaltenteilung, allgemeinem Wahlrecht und regelmäßig stattfindenden Wahlen bestätigt wird. Eine Besonderheit unserer Verfassung ist, dass die Monarchie, die eigentlich ein Kofürstentum ist, eine Doppelspitze hat: An der Spitze des Staates stehen gemeinsam und persönlich zwei Kofürsten: der Staatspräsident der Französischen Republik und der Bischof von Urgell in Spanien.

Der in allgemeinen Wahlen gewählte Generalrat (so die Bezeichnung des Parlaments) ernennt einen Regierungschef, der die weiteren Minister ernennt und die Regierungsgeschäfte führt. Er muss sich jedoch vor dem Generalrat verantworten. Er selbst ist befugt, unter bestimmten Voraussetzungen das Parlament aufzulösen.

Das völlig unabhängige Rechtssystem wird vom Obersten Justizrat vertreten und gesteuert, der sich in einer sehr einzigartigen Weise zusammensetzt.

Das Verfassungsgericht, das über die Einhaltung der Verfassung wacht, vervollständigt das institutionelle Gefüge.

Unser institutionelles System entspricht den von Montesquieu aufgestellten Grundsätzen; Andorra ist demnach ein demokratischer Staat.

Warum also die Angst?

Dafür gab es verschiedene Gründe:

– In einem Zeitalter, in dem Menschen dank Flughäfen und Hochgeschwindigkeitszügen schnell von einem Ort zum anderen reisen, kann man Andorra nur über eine bescheidene Straße, die uns über einen Pass in einer Höhe von fast 2500 m mit Frankreich verbindet, erreichen oder sehr viel leichter über den tiefsten Punkt unseres Landes, die Brücke des Riu Runer in immerhin einer Höhe von 800 m, die uns mit Spanien verbindet.

Würden wir in der Lage sein, die damit einher gehenden Nachteile durch eine optimale Nutzung der beiden nächstgelegenen Flughäfen in Barcelona und Toulouse, wenn nicht zu beseitigen, so doch zumindest abzumildern?

– Würde es die Größe unseres Landes von 460 km<sup>2</sup> bei einer Bevölkerung von 70 000 Einwohnern erlauben, der Fachkompetenz der großen europäischen Nationen nachzueifern?

– Würde unsere Geschichte, im Laufe derer das Bestehen unseres Landes als unabhängiger und souveräner Staat lange von unseren nächsten Nachbarn in Frage gestellt wurde, uns eine ausreichende Legitimität verleihen?

Bis 1993, als unserer Verfassung verabschiedet wurde, waren unsere internationalen Beziehungen eher eingeschränkt und die Ausnahme.

Erst nach dem Inkrafttreten unserer Verfassung, im Zuge dessen wir Mitglied der UNO und später des Europarats werden konnten, haben wir begonnen, auf diesem Gebiet neue Wege zu beschreiten.

Dies bedeutet keinesfalls, dass wir über keine Erfahrung mit parlamentarischen Grundsätzen verfügten. Nein, wir sind die Erben des ältesten Parlaments in Kontinentaleuropa. Dieses Parlament wurde im Jahr 1419 gegründet und als „Consell de la terra“ (Rat der Erde) bezeichnet. In einigen Quellen heißt es, dass die Initiative zur Gründung des Parlaments vom Volk ausging und den damaligen Feudalherren von einigen „Männern Andorras“ vorgeschlagen wurde. Die Feudalherren waren damals der Bischof von Urgell und der Graf von Foix (der Bischof von Urgell ist noch heute unser Kofürst, die Befugnisse des Grafen von Foix sind auf dem Wege der Rechtsnachfolge auf den Staatspräsidenten der Französischen Republik übergegangen).

Das Parlament erlangte seine Bedeutung natürlich nicht über Nacht. Es war lange Zeit aufgrund fehlender finanzieller Mittel sogar obdachlos (so wurden die Sitzungen dieses Vorgängers des Europäischen Parlaments auf dem Vorplatz der Kirchen abgehalten). Seine Tätigkeit wurde jedoch seitdem niemals unterbrochen, und im 19. Jahrhundert nahm es die Bezeichnung Generalrat an. Wir, d. h. die ehemaligen Abgeordneten Andorras, haben somit das Recht den Titel der Erben der ersten Abgeordneten Kontinentaleuropas in Anspruch zu nehmen.

Wir können uns einige Tage nach dem Ende des Treffens des Präsidiums der FP-AP die Frage stellen, ob es richtig war, unsere Bewerbung einzureichen. Nach der Zahl der E-Mails zu urteilen, die wir erhalten haben, ist die Bilanz anscheinend durchaus positiv. Die anwesenden Abgeordneten konnten sich also in entspannter Atmosphäre den Problemen unserer Gesellschaft widmen und erfahren, dass es im Herzen der Pyrenäen ein zwar der Größe nach ganz kleines Land gibt, das jedoch mit denselben Problemen konfrontiert ist, die seine europäischen Nachbarn zu lösen versuchen.

**Mr Josep Marsal**  
**President of the Association of Former Andorran**  
**Parliamentarians**  
**(AESCO)**

## **Tunesien**

Tunesien stehen entscheidende Wochen bevor. Die Verfassungsgebende Versammlung hat die Arbeit an der neuen Verfassung fast abgeschlossen und hat nun eine förmliche Anhörung eröffnet, an der die politischen Kräfte und die Zivilgesellschaft gleichermaßen beteiligt sind. Da der Ausgang der Schlussabstimmung über den Verfassungstext hiervon abhängen wird, ist das Ergebnis dieser Anhörung von großer Bedeutung. Tatsächlich ist für die Annahme der Verfassung eine qualifizierte Mehrheit im Parlament erforderlich. Wird die qualifizierte Mehrheit nicht erreicht, entscheidet das ganze Land per Volksentscheid. Am Ende wird das tunesische Volk an die Wahlurnen gerufen werden, um das neue Parlament, die neue Regierung und den Präsidenten Tunesiens zu wählen. Es liegt auf der Hand, dass diese Übergangsphase eine wirklich heikle Zeit ist.

Um Stabilität und Sicherheit für die junge tunesische Demokratie zu gewährleisten, ist es äußerst wichtig, dass der Prozess zu einem guten Abschluss gebracht wird. Das Land durchlebt aufgrund der Wirtschaftskrise schwierige Zeiten und die Arbeitslosenzahlen sind sehr hoch. Der Tourismussektor erholt sich zwar langsam wieder, hat jedoch seine früheren Umsätze noch nicht erreicht. Die Wirtschaft spielt keine geringere Rolle als die Demokratisierung. Ganz im Gegenteil. Es versteht sich von selbst, dass, die Stärkung der Demokratie Hand in Hand mit der Stärkung der Entwicklungspolitik geht. Deshalb muss mehr auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und sozialen Reformen unternommen werden, damit die vielen jungen Leuten wieder Aussicht auf Arbeit haben. All diese Schritte sind wichtig und müssen entschieden und mit Bedacht unternommen werden. Der von der Versammlung ausgearbeitete Verfassungsentwurf bietet eine gute Grundlage, trotzdem sind noch einige Änderungen erforderlich, damit sie von einer breiteren Masse mitgetragen wird.

Einige Aspekte hinsichtlich der Freiheit der Meinungsäußerung und der Presse, des semipräsidentiellen Regierungssystems und des Kapitels über die Judikative müssen nochmals überarbeitet und geklärt werden, um Rückschritten im Bereich der Rechte und schwer lösbaren politischen Konflikten vorzubeugen. Es liegt in den Händen der politischen Kräfte und der Zivilgesellschaft Tunesiens, ihren Interessen deutlich Ausdruck zu verleihen, um diese Änderungen herbeizuführen. Die Europäische Union und das Europäische Parlament selbst können ihrerseits ihren Einfluss geltend machen und ein Verfassungsprojekt gewährleisten, das von einem Großteil der tunesischen Bürger mitgetragen wird. Es wäre undenkbar, eine solch außergewöhnliche Gelegenheit für die Konsolidierung Tunesiens auf dem Weg in die Demokratie zu verpassen. Die Verwirklichung dieses Ziels wird nicht nur für Tunesien von großer Bedeutung sein, sondern für den gesamten Mittelmeerraum.

**Pier Antonio PANZERI**  
**Chair of European parliament delegation for**  
**relations with the Maghreb countries and the Arab**  
**Maghreb Union**

## **Übergangszeit in Ägypten**

Während die Übergangszeit in Ägypten durch den Militärputsch eine Phase der Krise erlebt, ist die Übergangszeit in Tunesien trotz gewisser Spannungen zwischen den politischen Parteien noch auf einem guten Weg. In diesem Rahmen steht die Verfassungsgebende Versammlung im Zentrum des Demokratisierungsprozesses in Tunesien, denn von ihr geht die verfassungsgebende und grundlegende Gewalt aus. Nach Abschluss der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs und der Fortführung der Diskussionen über dessen Inhalt nähert sich die

Verfassungsgebende Versammlung ihrer Hauptaufgabe, nämlich der Formulierung der Verfassung in einer Atmosphäre des allgemeinen Konsenses, und sie setzte trotz der starken Spannungen der letzten Wochen zwischen den Parteien des Landes eine Konsenskommission innerhalb der Versammlung ein. In diesem Zusammenhang bereitet sich die Versammlung auch auf die Wahl der Mitglieder der künftigen obersten unabhängigen Wahlinstanz vor, damit in den nächsten Monaten Wahlen stattfinden können. Im wirtschaftlichen Bereich wiederum weisen die verschiedenen wirtschaftlichen Indikatoren für die erste Hälfte des laufenden Jahres trotz der Schwierigkeiten des Landes auf eine allmähliche Erholung der tunesischen Wirtschaft hin.

Der Demokratisierungsprozess in Tunesien entwickelt sich kontinuierlich weiter.

In den vergangenen Wochen sind sich alle politischen Kräfte des Landes trotz fehlendem Konsens zu manchen Artikeln über die Bedeutung der Ausarbeitung des Verfassungsentwurfs einig geworden. Die Gründung einer Konsenskommission unter dem Dach der Verfassungsgebenden Versammlung und der vorherrschende einhellige Wille aller politischen Kräfte des Landes zur Ausarbeitung einer einvernehmlichen Verfassung beweisen eindeutig, dass sich der Demokratisierungsprozess in Tunesien geregelt und kontinuierlich weiterentwickelt. Die verschiedenen politischen Kräfte des Landes sind sich bewusst, dass der ernsten Lage in Ägypten eine politische Krise vorausgegangen war, in der bei der Ausarbeitung der ägyptischen Verfassung jeglicher Konsens zwischen den verschiedenen politischen Parteien fehlte, und in der während des gesamten Prozesses das Verhältnis zwischen Regierung und Opposition völlig zerrüttet war. Das war in der tunesischen Politik nicht der Fall, die dank zahlreicher Sitzungen des nationalen Dialogs und täglicher Kommunikation in der Verfassungsgebenden Versammlung von kontinuierlicher Kommunikation und beständigem Dialog geprägt war. Die Ereignisse in Ägypten erzeugten allerdings ein gewisses Echo in Tunesien, und die Partei „Nidaa Tounes“ rief zur Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung und zur Bildung einer „Regierung der nationalen Rettung“ auf, obwohl dieser Aufruf von der größten Oppositionspartei „Union pour la Tunisie“ (Union für Tunesien) nicht unterstützt wurde. In diesem Zusammenhang entstand eine Bewegung junger Menschen namens „Tamarrod“, das Pendant zu der gleichnamigen Bewegung in Ägypten, die ebenfalls zur Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung aufrief. Dieser Aufruf führte jedoch nicht zu einer Bewegung vor Ort und scheiterte an Konflikten zwischen den Gründungsmitgliedern, die es auf die Titelseiten der Zeitungen geschafft hatten. Die Hauptursache für das Scheitern dieser Aufrufe zur Auflösung der Versammlung war die politische und ideologische Vielfalt der Parteien, aus denen sich die Regierungskoalition zusammensetzte, und die Tatsache, dass es durch den Einsatz mehrerer Kanäle für den Dialog nicht zum Bruch zwischen Regierung und Koalition kam.

Auf der anderen Seite ist in der politischen Landschaft angesichts der bedeutenden Ereignisse dieses Zeitraums eine dynamische Aktivität zu beobachten. Während dieser Zeit fand der Gründungsparteitag der „Alliance démocratique“ (Demokratische Allianz) statt, zu deren Parteichef Mohamed Hamdi gewählt wurde. Außerdem fand der dritte Wahlparteitag des „Forum démocratique pour le travail et les libertés“ (Demokratisches Forum für Arbeit und Freiheit – ETTAKATOL) statt, bei dem in angespannter Stimmung innerhalb der Partei, die fast zum Abbruch des Parteitags geführt hätte, das Vertrauen in Mustafa Ben Jaafar bestätigt wurde. Was die Beziehungen zwischen den verschiedenen Parteien betrifft, hat der Exekutivsekretär der republikanischen Partei, Yassine Brahim, gemeinsam mit weiteren Mitgliedern der Parteiführung seinen Rücktritt erklärt und das Gerücht in Umlauf gebracht, er könne möglicherweise eine Partei aus Islamisten und „Desturiern“ bilden. Die tunesische

Politik ist also in letzter Zeit durch eine starke parteipolitische Dynamik gekennzeichnet, die eine Prognose der politischen Positionierungen wenige Monate vor den Wahlen erschwert.

Trotz der Schwierigkeiten verbessert sich die wirtschaftliche Situation Tunesiens weiter. In den vergangenen zwei Jahren war Tunesien als Ergebnis jahrzehntelanger Korruption in einer schwierigen wirtschaftlichen Lage. Trotz aller Schwierigkeiten konnte Tunesien jedoch in der ersten Hälfte des laufenden Jahres gute wirtschaftliche Ergebnisse erzielen. Es verzeichnete im ersten Halbjahr dieses Jahres bei konstanten Preisen ein Wachstum des Außenhandels um 6,1 % im Vergleich zur Quote von 5,4 % für den gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Ferner sank die Arbeitslosenquote im ersten Quartal des laufenden Jahres um 0,2 % im Vergleich zum letzten Quartal des Vorjahres und um 1,6 % im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres. Das bedeutet aber nicht, dass die tunesische Wirtschaft ihre Ziele für die erste Hälfte des laufenden Jahres erreicht hat, denn das Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag bei 2,5 % und damit unter dem erwarteten Niveau für das erste Quartal dieses Jahres. Die Wirtschaft des Landes erholt sich also nur langsam. Die Beendung der Übergangszeit und die Durchführung der anstehenden Wahlen sind entscheidende Faktoren, die in beträchtlichem Maße zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation des Landes beitragen werden.

**Tarek KAHLAOUI**  
**President of the Tunisian Institut of Strategic Studies**

**DAS PROGRAMM „EP TO CAMPUS“**  
**Vortragsreihe des ehemaligen MdEP Atanas Paparizov an der Universität Istanbul,**  
**13.–15. Mai 2013**

Vom 13. bis 15. Mai 2013 richtete die Fakultät für Politikwissenschaften der Universität Istanbul eine Veranstaltung aus, im Rahmen derer ein Redner des Vereins der ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments drei Vorträge halten sollte. Ziel der Veranstaltung war es, Fragen im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Währungsunion, der EU-Erweiterung und der Balkanpolitik der EU zu beleuchten. Diese Themen sind für die Türkei von grundlegendem Interesse. Die Veranstalter wählten mich als Redner aus, weil ich aufgrund meiner früheren Tätigkeiten in der bulgarischen Regierung sowie im nationalen und im Europäischen Parlament über Erfahrungen im Bereich der Beitrittsverhandlungen, der Wirtschafts- und Handelspolitik sowie der Tätigkeiten von Wirtschaftsorganisationen auf EU- und internationaler Ebene verfüge.

Zu den drei Vorträgen kamen etwa 180 Zuhörer, darunter Studierende aus den höheren Semestern der BA-Studiengänge Internationale Beziehungen, Staatskunde und Betriebswirtschaftslehre, Studierende der MA-Studiengänge Internationale Beziehungen, Politik, Staatskunde, Betriebs- und Volkswirtschaftslehre sowie an EU-Studien interessierte Lehrkräfte.

Die Seminare waren von Ass. Prof. Dr. Yesim Yeser Öser sehr gut organisiert worden. Der Fakultätsdekan, Prof. Dr. Emrah Cengiz, und seine Stellvertreterin, Dr. Eisegül Komsuoglu, nahmen aktiv an der Veranstaltung teil.

Bei meiner Präsentation zum Thema „Die Türkei und die EU-Erweiterung“ erläuterte ich in erster Linie die Hintergründe und den derzeitigen Stand der Verhandlungen sowie die Rechtsgrundlage für einen Beitritt der Türkei zur Europäischen Union. Dabei ging ich auf die Folgen des Beitritts für die EU und die Vorteile für die Türkei ein und machte deutlich, dass ein Beitritt von beiderseitigem Interesse ist. Bei meinen Ausführungen zu den bislang

begrenzten Fortschritten sprach ich ausführlich über den Bericht der Kommission über die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2012 und über die positive Agenda, die im Mai 2012 von dem für Erweiterung zuständigen Mitglied der Kommission und dem türkischen Verhandlungsführer aufgelegt wurde und darauf abzielt, die Beitrittsverhandlungen durch eine verstärkte Zusammenarbeit in zahlreichen Bereichen, die von gemeinsamem Interesse sind, zu unterstützen und zu ergänzen. Zu diesen Bereichen zählen politische Reformen, die Angleichung an den Besitzstand, der Dialog über außenpolitische Fragen, Visa, Mobilität und Migration, Handel, Energie, Terrorismusbekämpfung und die Beteiligung an Gemeinschaftsprogrammen.

Auch die zunehmende Beunruhigung darüber, dass die Türkei bei der Erfüllung der politischen Kriterien keine wesentlichen Fortschritte verbucht, habe ich angesprochen. Gleichzeitig habe ich das Vorankommen bei der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und die diesbezügliche Einrichtung eines Verfassungsausschusses hervorgehoben, in dem alle Fraktionen des Parlaments vertreten sind und der auch für Vertreter von Minderheiten zugänglich sein sollte.

Bei den Fragen ging es hauptsächlich um die Visabestimmungen und um die Möglichkeiten für junge Türken, sich in Europa weiterzubilden und dort zu arbeiten.

Zum Thema Visa erklärte ich, dass ein Fahrplan für den Prozess vorliegt, dass es im derzeitigen Stadium jedoch an der Türkei ist, das von ihr bereits unterzeichnete Rückübernahmeabkommen mit der EU zu ratifizieren. Hinsichtlich der Möglichkeiten des Studiums und der Zusammenarbeit auf dem Gebiet Wissen und Innovation unterrichtete ich die Studierenden darüber, dass die Türkei an den folgenden EU-Programmen aktiv beteiligt ist: 7. Forschungsrahmenprogramm, Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, Progress, Culture 2007, Programm für lebenslanges Lernen und Jugend in Aktion.

In dem Seminar und der Diskussion über die Wirtschafts- und Währungsunion präsentierte ich mithilfe von Folien die wesentlichen Merkmale und Entwicklungsstadien der WWU sowie die Auflagen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Ich unterrichtete die Teilnehmer über die als „Sechserpaket“ bezeichneten Reformen von 2011, die als Reaktion auf die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 in die Wege geleitet wurden und die Bestimmungen zur haushaltspolitischen Überwachung wie auch die Bestimmungen zur Durchsetzung des SWP beträchtlich gestärkt und die Überwachung der Haushaltspolitik einerseits und der Wirtschaftspolitik andererseits im Rahmen des Europäischen Semesters zusammengeführt haben. Außerdem sprach ich den am 5. Dezember 2012 vom Europäischen Rat eingeleiteten Prozess zur Schaffung einer wirklichen Wirtschafts- und Währungsunion an.

In dem Seminar über die Balkanstaaten, die Türkei und die EU betonte ich, dass die Türkei aufgrund ihrer dynamischen Wirtschaft, ihrer strategisch günstigen Lage und ihrer bedeutenden Rolle in der Region ein sehr wichtiges Land für die EU ist. Ich unterstrich die Bedeutung der laufenden Zusammenarbeit und des Dialogs über außenpolitische Fragen, bei denen die EU und die Türkei ein gemeinsames Interesse verfolgen.

In allen Vorträgen ging ich auf die Rolle des Europäischen Parlaments im Beitrittsprozess ein und erläuterte dessen Beschluss vom 18. April 2013, der die Eröffnung neuer Beitrittskapitel in den Verhandlungen möglicherweise beschleunigen könnte. An dieser Stelle möchte ich betonen, dass ich fest davon überzeugt bin, dass das Programm „EP to Campus“ eine gute Möglichkeit ist, die Rolle des Europäischen Parlaments als EU-Organ herauszustellen, das die wesentlichen Interessen der Gemeinschaft entsprechend den Erwartungen und Anliegen der europäischen Bevölkerung fördert.

**Atanas PAPARIZOV**  
**PES, Bulgaria (2007-2009)**

## **Programm „EP to Campus“ – Rundtischgespräch über die EU-Politik in Mailand Margarita Starkevičiute – ehemaliges MdEP, ALDE, Litauen (2004 – 2009)**

Der Runde Tisch fand am 16. Mai 2013 an der Università degli Studi Di Milano mit Beteiligung folgender prominenter Redner statt: Erik Jones, Direktor und Professor für Europäische Studien an der John Hopkins SAIS (Bologna), Antonio Villafranca, Leiter und Forschungsbeauftragter des Europaprogramms am ISPI, Fabian Zuleeg, Leiter des Programms für Europäische Politische Ökonomie am European Policy Center (Brüssel). Geleitet wurde die Diskussion von Fabio Franchino, außerordentlicher Professor für Politikwissenschaften. Die Veranstaltung stieß sowohl bei den Studenten und Professoren als auch bei einer breiten Öffentlichkeit auf großes Interesse.

Während des Rundtischgesprächs wurden verschiedene Standpunkte zur Wirtschaft der EU – zu Themen von der Transferunion bis hin zu einer klaren Festlegung von Verantwortlichkeiten auf der Ebene der Einzelstaaten und der EU – dargelegt. Die Redner versuchten, Antworten auf Fragen zu problematischen Maßnahmen sowie Lösungsansätze für einen Ausweg der EU aus ihrer derzeitigen Lage zu finden.

In letzter Zeit haben einige Sachverständige angeregt, dass die aktuellen wirtschaftlichen Reformen in Litauen und der erfolgreiche Weg aus der Rezession zum Wachstum in den baltischen Staaten generell beispielhaft für den Rest der EU sein sollten. Andere Sachverständige hingegen sind der Ansicht, dass die Volkswirtschaften der baltischen Staaten aufgrund ihrer geringen Größe als Nischenwirtschaften angesehen werden sollten und nicht als Vorbild dienen können.

Es sollte berücksichtigt werden, dass sich selbst integrierte Volkswirtschaften in Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur, den verfügbaren Ressourcen, der geographischen Lage, den Nachbarländern und gewissen Verhaltensmustern grundlegend voneinander unterscheiden, sodass jedes Land diese Faktoren bei der Einführung neuer wirtschaftspolitischer Maßnahmen beachten muss. Aus diesem Grund muss das Integrationsparadigma der EU einer Reform unterzogen werden – die Koordinierung verschiedener Wachstumsmodelle muss an die Stelle der Koordinierung spezifischer Aktivitäten treten.

In meinem Redebeitrag stellte ich insbesondere – ausgehend von den Erfahrungen in Litauen – wirtschaftspolitische Maßnahmen vor, die auf EU-Ebene von Bedeutung sein könnten. Dazu gehören zunächst solide Grunddaten und die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, die durch die zu Beginn des Reformprozesses in den 1990er Jahren in Zusammenarbeit mit dem IWF eingeführte Finanzplanung erreicht wurden. Zweitens sind die Außenbeziehungen von großer Bedeutung, denn sie ermöglichen es mit der Learning-by-Doing-Methode, neues Wissen zu erwerben. Ein dritter wichtiger Punkt ist die Effizienz der staatlichen Institutionen. Diese Vorschläge entsprechen den Ergebnissen einer Studie der Kommission, in der zusammengefasst wird, welche Lehren aus der Bewältigung verschiedener Krisen für die Politik gezogen werden können. In der Geschichte hat sich gezeigt, dass es empfehlenswert ist, die Finanzsysteme, die Gesamtnachfrage, den internationalen Handel, das internationale Finanzsystem und den Internationalismus aufrecht zu erhalten. Bedauerlicherweise setzt das von der EU angenommene Maßnahmenpaket zur wirtschaftspolitischen Steuerung andere Prioritäten und trägt somit offenbar dazu bei, dass die Wirtschaftsleistung der EU weniger stark ist als erwartet.

Es sollten daher neue Maßnahmen umgesetzt werden, um das Wachstum zu fördern und die Herausforderungen zu bewältigen. In der Debatte wurde hervorgehoben, dass zunehmende interne Ungleichgewichte am besten durch die Neuausrichtung der Steuerpolitik und der Prioritäten bei den Staatsausgaben sowie durch die Durchführung einer aktiven

Handelspolitik bekämpft werden können. Die Verringerung des komparativen Wettbewerbsvorteils könnte hingegen durch die Schaffung eines Rahmens für mehr Kreativität und Innovation ausgeglichen werden. Angesichts der abnehmenden Zahl der Arbeitskräfte aufgrund von Alterung und der Einwanderung sollten die Lohnpolitik und die Anreize für das Wachstum der Ressourcenproduktivität überarbeitet werden. Dem Mangel an staatlichen Investitionen könnte durch verstärkte Anreize für private/ öffentliche Partnerschaften beigegeben werden. Mit dem Programm zur Modernisierung des sozialen Bereichs könnte den gestiegenen Anforderungen an die Qualität und an die Zugänglichkeit von öffentlichen Dienstleistungen entsprochen werden. Durch das zunehmende Gefälle zwischen Nord und Süd bzw. den Ländern innerhalb der Eurozone und jenen außerhalb der Eurozone kann das Potenzial der EU nicht ausgeschöpft werden. Die EU stellt eine einmalige Mischung aus hoch entwickelten, alten Mitgliedstaaten und neueren Mitgliedstaaten, die schnell aufholen, dar. Dadurch können Kosten eingespart, größenbedingte Einsparungen erzielt, dem deflationären Druck der sogenannten Dritten Welt standgehalten und die Einnahmen gesteigert werden. Wenn die Investitionsrendite positiv ausfällt und nachhaltig ist, trägt dies zum Wirtschaftswachstum bei und zieht neue Investitionen an, die für die Schaffung neuer Arbeitsplätze benötigt werden. Es ist der richtige Zeitpunkt gekommen, um die Wirtschaft vom Standpunkt eines Anlegers aus zu betrachten und neue Wege zu finden, um die Effizienz zu fördern.

**Margarita Starkeviciute**  
**ALDE, Bulgaria (2004-2009)**

### **MÁS EUROPA, ¡UNIDA!**

Memoiren zu schreiben, in denen die Geschichte in der ersten Person erzählt wird, hat Vorteile und birgt gleichzeitig Gefahren. Ein mögliches Übermaß an Protagonismus muss durch eine lebhaft erzählte Erzählung der Ereignisse kompensiert werden.

In der Einleitung beschreibe ich mich selbst wie folgt: *„Mein öffentliches Leben wird von zwei großen Leidenschaften beherrscht: Demokratie und soziale Gerechtigkeit in Spanien und in Europa. Diese Leitgedanken bilden in den heutigen Zeiten, in denen die Krise das Erreichte in Frage stellt und eine Welle des Pessimismus die Zukunft trübt mein Antrieb“*.

Ich erzähle mein Leben in 23 Kapiteln: In Spanien war ich nach Verlassen der Schule einer der ersten Erasmus-Studenten, darauf folgt eine Tätigkeit als Hochschullehrer, später wurde ich Menschenrechtsanwalt gegen die Diktatur, war als Abgeordneter am verfassungsgebenden Prozess beteiligt, wurde Parlamentssprecher und schließlich Minister jener Regierung, die den Beitritt Spaniens zur Europäischen Gemeinschaft erreichte.

In Europa war ich viele Jahre als Europaparlamentarier tätig, wurde schließlich zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt – zum historischen Zeitpunkt als die Berliner Mauer fiel und der Kalte Krieg endete. Außerdem war ich an den Verhandlungen über den Vertrag von Maastricht, mit dem die Unionsbürgerschaft und eine gemeinsame Währung eingeführt wurde, sowie an der Erweiterung und Vertiefung der Gemeinschaft beteiligt. Ich vergleiche diese Arbeit, die schließlich mit den Verhandlungen über den Vertrag von Lissabon ihren Höhepunkt erreichte, gerne mit der eines Maurers und eines Architekten. Mittlerweile bin ich an die Universität zurückgekehrt und engagiere mich im sozialen und gemeinnützigen Bereich der europäischen Kultur.

Wenn man seine Memoiren verfasst, geht es nicht nur darum, reine Erinnerungen wiederzugeben. Wir ehemaligen Europaparlamentarier haben im Hinblick auf die

Europawahl 2014 die Aufgabe, unsere Erfahrungen darzulegen, die dazu beigetragen haben, der schönsten Abfolge von Verträgen etwas Menschliches zu verleihen.

In der Schlussfolgerung „¿Más Europa?“ (Mehr Europa?) liefere ich einen Dekalog für diese Debatte:

- Die EU ist ein offener verfassungsgebender Prozess mit dem ursprünglichen Ziel der Schaffung einer „europäischen Föderation“.
- Die EU in ihrer derzeitigen Form ist ein „Verbund von Staaten“ mit gemeinsamen Prinzipien, Werten und Zielen auf Grundlage der parlamentarischen Demokratie, der sozialen Marktwirtschaft, des Zusammenhalts und eines Sozialmodells.
- Mit der Einführung der „europäischen Bürgerschaft“ und der „einheitlichen Währung“ in Maastricht wurde die EU zu einer politischen Gemeinschaft mit Rechtspersönlichkeit weiterentwickelt, die durch die Unterzeichnung der Charta der Grundrechte in Lissabon ausgeweitet wurde.
- Die Schaffung der Währungsunion wurde nicht begleitet von einer Integration der Wirtschafts- und Steuerbefugnisse, welche sich die Mitgliedstaaten erhalten haben. Die Wirtschaftskrise machte ihre Mängel deutlich und sie erlitt einen Vertrauensbruch.
- Zur Bewältigung der Krise ist zu beachten, dass die Sparkurse, Reformen und das Wachstum komplementär sind und sich nicht gegenseitig ausschließen.
- Es ist wichtig, die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) durch eine Bankenunion mit einem Einlagensicherungssystem und der Errichtung einer „Schuldenagentur“ zu stärken, welche schließlich die Grundlage für das zukünftige „europäische Schatzamt“ bilden wird.
- Die Weiterentwicklung der WWU erfordert eine Stärkung der politischen Union, die durch eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung sowie eine Verknüpfung von Solidarität und Subsidiarität erreicht werden kann.
- Der „Steuerföderalismus“ nach dem Grundsatz „No taxation without representation“ (Keine Besteuerung ohne Mitspracherecht) sollte dabei eine grundlegende Rolle einnehmen.
- Damit die WWU zur gewünschten politischen Union führt, sollte ein offener Konvent unter Beteiligung der Parlamente und Regierungen der Mitgliedstaaten einberufen werden.
- In der Agenda für eine politische Union sollten folgende Aspekte vorrangig behandelt werden:
  - Schaffung eines Zweikammersystems (bestehend aus dem Europäischen Parlament – zur Vertretung der Bürger – und dem Europäischen Rat der Mitgliedstaaten);
  - Anerkennung der Europäischen Kommission als wahrhaftige europäische Regierung mit ihrem Präsidenten (der eine parlamentarische Investitur unterläuft und aus den Kandidaten der europäischen politischen Parteien gewählt wird) und Verschmelzung mit der Ratspräsidentschaft;
  - Ausweitung der Funktionen des Gerichtshofs um die Aufgaben eines Verfassungsgerichts;
  - Entwicklung einer gemeinsamen Verantwortung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente.

Meine Memoiren zu schreiben sah ich als Pflicht und als Vergnügen. Ich ermutige alle Kollegen, dies auch zu tun.



**Enrique Barón Crespo**  
**Más Europa, ¡unida!**  
Memorias de un socialista europeo

Premio Gaziel de Biografías y Memorias 2012



**MÁS EUROPA, ¡UNIDA! Memorias de un socialista europeo.**  
**Enrique Barón Crespo**  
**Editorial RBA.**  
**Premio Gaziel 2012**

### **Die Denaturierung der Organe**

Nach über 70 Jahren des europäischen Aufbaus bieten sich allgemeine Überlegungen und eine Bewertung des institutionellen Wandel s unter Berücksichtigung des Sinns und Zwecks der Verträge an.

Die Gesamtbilanz der Entwicklung der EU fällt eindeutig positiv aus, sowohl in quantitativer als auch aus qualitativer Hinsicht.

Die Gemeinschaftspolitik war und ist nach wie vor für alle Mitgliedstaaten mit einem großen Mehrwert verbunden. Damit jedoch der Integrationsprozess weitergeführt werden kann, ohne das interinstitutionelle Gleichgewicht zu beeinträchtigen, bedarf es einer Reform der Gemeinschaftsorgane. Die letzten Verträge – allen voran der Vertrag von Lissabon – sind mit einer deutlichen Denaturierung der ursprünglichen Organe einhergegangen.

Die zunehmende Vorherrschaft des Europäischen Rates im institutionellen Dreigespann bestehend aus Kommission, Parlament und Rat ist die wesentliche Ursache für das immer größere Ungleichgewicht. Der Versuch des Europäischen Rates, sich über den anderen Organen zu positionieren, ist ein Fehler. In Deutschland wäre es undenkbar, dass das Grundgesetz ein oberstes Organ zulässt, das sich aus den Ministerpräsidenten der Bundesländer zusammensetzt und der Bundesregierung übergeordnet ist. Dies scheinen jedoch die Staats- und Regierungschefs schrittweise auf EU-Ebene umsetzen zu wollen.

Die Einführung eines Vertreters für die Außenpolitik ist die offensichtlichste Denaturierung der Organe und bedeutet den Verlust ihrer Unabhängigkeit und ihrer Einzigartigkeit. Bei dieser Person handelt es sich um den „Bevollmächtigten“ des Europäischen Rates in der Kommission. Das ist nicht hinnehmbar.

In gleichem Maße stellt die Erweiterung der persönlichen Befugnisse des Präsidenten der Europäischen Kommission eine schwerwiegende Denaturierung dar, auch wenn sie als demokratischer Fortschritt dargestellt worden ist. Kein Präsident sollte über besondere persönliche Befugnisse verfügen. Die Befugnisse sollten beim Kollegium liegen. Diese

Befugniserweiterung ist kein Fortschritt, sondern ein Rückschritt, und zwar dahingehend, dass die Kommissionsmitglieder auf Beschluss des Kommissionspräsidenten von ihren Ämtern entbunden werden können. Dies stellt einen unwiederbringlichen Verlust der Unabhängigkeit und der persönlichen Verantwortung der Kommission dar, deren Verbleib im Amt während der gesamten Dauer ihres Mandats gewährleistet sein sollte, wie dies in den Gründungsverträgen vorgesehen war.

Ein Punkt, bei dem sich eine Reform anbietet, ist die Anzahl der Kommissionsmitglieder. Es bestehen weder politische noch vertragsrechtliche Gründe dafür, für jedes Land ein Kommissionsmitglied beizubehalten. Das Kollegium der Kommissionsmitglieder muss die allgemeinen Interessen aller Unionsbürger vertreten. Bei den Kommissionsmitgliedern muss es sich unabhängig von der Staatsangehörigkeit um intensiv vorbereitete Politiker mit großer Erfahrung und hoher Achtung der EU handeln.

In diesem Zusammenhang kommt dem Europäischen Rat tatsächlich eine wichtige Rolle zu. Eine seiner wesentlichen Aufgaben besteht darin, ein rationales und effizientes System zur Festlegung einer Auswahl möglicher Kandidaten mit den höchsten Qualifikationen einzuführen, die in der Lage sind, ein Regierungsteam zu bilden, in dem jedes Kommissionsmitglied die Ämter bekleidet, für die es über die entsprechenden Kompetenzen sowie anerkannte Erfahrung verfügt.

Eine weitere große Aufgabe, die der Europäische Rat bewältigen muss, besteht in der Ausarbeitung eines politischen Konsenses über die Reform der Verträge. Dies ist eine große Herausforderung. Nach mehr als 70 Jahren Erfahrung ist klar ersichtlich, welche Themen behandelt werden müssen. Das unfertige Europa muss vollendet werden und mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet werden.

Es besteht kein Zweifel daran, dass die EU im Bereich der wirtschaftspolitischen Steuerung und im Bereich Soziales wesentliche Befugnisse erhalten muss. Dabei darf nicht vergessen werden, dass die größte noch ausstehende Aufgabe darin besteht, die Union in Bezug auf die Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu stärken. Diese Themen bedürfen eines weitreichenden politischen und gesellschaftlichen Konsenses. Der Europäische Rat trägt die Verantwortung dafür, die europäische Gesellschaft davon zu überzeugen, mit dem Ziel, ihre Unterstützung zu erhalten. Mit der Änderung der Verträge sollte erst begonnen werden, wenn ein tragfähiger Konsens erreicht ist – nicht früher. Die EU darf nicht weiteren Krisen oder Situationen der Ungewissheit ausgesetzt werden.

**José Luis Valverde**  
**EPP, Spain (2004-2009)**

### **EUROPA 2014: Am Scheideweg?**

Die jüngsten „Aufforderungen“ der Europäischen Kommission an Frankreich und die Reaktion von François Hollande darauf belegen erneut die Widersprüche, die zwischen beiden bestehen und die sich durch die Krise noch drastisch verschärft haben.

Ein Jahr vor den Europawahlen und der sich anschließenden Ernennung einer neuen Kommission bringt man sich in Stellung.

Natürlich ist man schnell mit dem Vorwurf bei der Hand, die Politiker der Mitgliedstaaten würden in Brüssel das eine und zuhause etwas anderes sagen. Doch das war schon immer so.

In den 15 Jahren, die ich dem Europäischen Parlament angehörte, habe ich nie einen Präsidenten, einen Minister oder einen anderen Politiker erlebt, der diese Doppelzüngigkeit nicht praktiziert hätte.

Im Hinblick auf Frankreich habe ich dies oft bedauert.

Lange vorbei sind die Zeiten, da Frankreich nur das Wort ergreifen musste, damit man ihm zuhörte. Das sollte die französische Führung eigentlich dazu bewegen, nicht nur konsequenter zu sein, sondern sich vor allem wirklich in Europa einzubringen.

Zur Form:

Die Europäische Kommission als Hüterin der europäischen Verträge ist durchaus im Recht, wenn sie dem einen oder anderen abverlangt, diese Verträge einzuhalten, zumal sie ja von den Mitgliedstaaten selbst ausgearbeitet und verabschiedet wurden.

Das berechtigt sie allerdings nicht, sich als Untersuchungsrichter zu gerieren. Die Regierungen der Mitgliedstaaten sind durch allgemeine Wahlen demokratisch legitimiert und brauchen sich deshalb nicht von Organen, die dies nicht von sich behaupten können, abmahnen zu lassen.

Zum Inhalt:

Ein Vertrag muss nicht nur zum Zeitpunkt der Unterzeichnung erfüllt werden (sonst bräuchte man ihn nicht zu unterzeichnen).

Und ich als überzeugter Europäer scheue mich nicht, zuzugeben, dass ich den letzten Haushaltsvertrag nicht unterzeichnet hätte (ebenso wenig wie den Verfassungsvertrag), und zwar gerade wegen meiner europäischen Werte, die auf die Gründerväter der europäischen Einigung zurückgehen.

In der derzeitigen Situation ist es jedoch dringend geboten, den Zeitplan dieses Haushalts anzupassen und vorrangig auf eine Politik der Konjunkturförderung zu setzen, da sich andernfalls die Defizite und die Verschuldung trotz des schmerzhaften Sparkurses, der allenthalben den Ärmsten und Schwächsten aufgebürdet wird, immer weiter verschärfen werden.

Wir benötigen daher konkrete Maßnahmen und Prioritäten, die trotz allem geeignet sind, die Spirale von Defizit und Verschuldung aufzuhalten und zugleich der laxen Handhabung des „freien Verkehrs“ einen Riegel vorzuschieben, die es ermöglicht, dass Kriminelle und solche, die sich nicht an unsere Gesetze halten, schneller untertauchen, als die mit der Durchsetzung dieser Maßnahmen und Prioritäten betrauten Behörden sie aufspüren können...

Wenn es nicht innerhalb kürzester Zeit gelingt, die Kräfte jener europäischen Länder, die guten Willens sind, zu bündeln, dann könnten die Zahlungsziele der EU zu nationalistischen Aufwallungen führen, die das bereits auf tönernen Füßen stehende europäische Haus hinwegfegen.

Für die Wirtschaft werden sich derartige nationalistische Alleingänge in unserer heutigen Welt zweifellos negativ auswirken, der soziale Niedergang wird sich weiter verschärfen und in der Politik schließlich wird man nach Sündenböcken suchen.

Europa 2014: Am Scheideweg?

Wir haben die Wahl zwischen einem humanen, sozialen, zivilisierten und bürgernahen Europa mit einer straffen Finanzverwaltung oder einem Chaos mit unberechenbaren Auswirkungen.

**Gérard Caudron**

**Bürgermeister von Villeneuve-d'Ascq im französischen Département Nord (59)**

**Europaabgeordneter von 1989 bis 2004**

## **Europa braucht heutzutage mehr denn je einen gesellschaftlichen Dialog**

Wir leben in einer Zeit des allgemeinen Misstrauens. Misstrauen gegenüber Institutionen, Misstrauen gegenüber Märkten, Misstrauen gegenüber Politikern.

Wir leben in einer Zeit der mangelnden Transparenz. Mangelnde Transparenz der Finanzsysteme, mangelnde Transparenz der umfangreichen geschäftlichen Operationen, an denen Regierungen beteiligt sind, und mangelnde Transparenz im Verhältnis zwischen Staat und Bürgern.

Wir leben in einer Zeit weit verbreiteter gegenseitiger Abhängigkeiten, die Märkte, Finanzsysteme und Produktionsprozesse umfassen. Wir leben in einer Zeit, in der alles von allem beeinflusst wird.

Wir leben in einer Zeit, in der das Kurzlebige und Oberflächliche vorherrschend sind. Dies hat zu einer Politik geführt, die für den Augenblick bestimmt und sehr kurzfristig ist.

Wir leben in einer Zeit der Ungewissheit, und in einigen europäischen Staaten, etwa in Portugal, ist man mit einer – wie ich es nenne – „vollkommenen Krise“ konfrontiert. Verbraucher kaufen nicht, Investoren investieren nicht, Finanzagenten finanzieren nicht, und Arbeitnehmer haben keine Arbeit.

Was mich betrifft, bin ich der festen Überzeugung, dass Europa heutzutage mehr denn je einen gesellschaftlichen Dialog braucht.

Einige Staaten in Europa befinden sich in einer dramatischen Lage; folglich können diese Probleme nicht durch vereinfachende Methoden oder durch das Handeln Einzelner – für wie mächtig sie sich auch halten mögen – gelöst werden.

Regierungen sind lediglich ein Entscheidungszentrum unter mehreren. Wenn demokratische Legitimität von Wahlen abhängt, stehen wir heutzutage folglich einer anderen Form von Legitimität gegenüber, die vom Verhältnis zwischen Regierungen und anderen Kräften in der Gesellschaft, insbesondere denjenigen, die von den Sozialpartnern repräsentiert werden, abhängt. Diese neuen Prozesse von Legitimität können nur auf der Grundlage von Dialog und Abstimmung wirksam sein.

Die Entwicklung einer Kultur des Kompromisses impliziert Ansätze des Dialogs, der auf Authentizität und Wahrheit gegründet sein sollte. Ich bin der Überzeugung, dass Menschen heutzutage konkrete Änderungen in ihrem Leben besser als übermäßig optimistische Ausblicke akzeptieren.

In jüngster Zeit wurden Staaten weltweit zu riesigen Versicherungsgesellschaften, die versucht haben, die vom Finanzsystem eingegangenen Risiken zu decken.

Dies hat zu einer deutlichen Interdependenz zwischen der Finanzkrise und Staaten geführt, die die Kosten für die Fehler des Finanzsystems entweder direkt oder über Kreditgeber auf die Bürger verlagert haben.

Vor diesem Hintergrund waren schwächere Staaten stärker betroffen, und die reale Konvergenz der Volkswirtschaften in der Eurozone brach zusammen.

Hätte sich Europa rechtzeitig mit Instrumenten gewappnet, um eine Ausbreitung der Finanzkrise unter den schwächsten Länder zu verhindern, würden wir uns heute nicht in dieser schwierigen Lage befinden.

Die grundlegende Frage, die wir uns stellen müssen, lautet, ob es möglich ist, in einem Gebiet mit solch großen Unterschieden – nicht nur was die Tradition und Kultur, sondern auch was die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit betrifft – eine einheitliche Währung zu haben.

Unter der Prämisse, dass wir uns die einheitliche Währung wünschen, so steht meiner Ansicht nach eines fest: Europa wird die Krise nicht überwinden, wenn die Eurozone nicht mit der Arbeit an einem System der Vergemeinschaftung der Schuldtitel beginnt.

**José Albino da Silva Peneda**  
**PES, Portugal (2004-2009)**

### *Ein wichtiger Schritt für Europa*

Mit großer Genugtuung habe ich den jüngsten Beschluss der Europäischen Kommission zur Kenntnis genommen, mit dem sie die politischen Gruppierungen auffordert, im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen bekanntzugeben, wessen Kandidatur als Kommissionspräsident sie unterstützen würden. Denn dieser Beschluss ist ein wichtiger Schritt zur Verringerung des demokratischen Defizits, das, wie wir alle wissen, in der Union besteht.

Diese Idee hatte ich erstmals im Jahr 2008 vorgestellt. Damals sagten mir alle Personen, mit denen ich darüber sprach, unter anderem hochrangige Persönlichkeiten im Parlament und in der Kommission, dass dies zwar eine gute Idee sei, aber leider nicht umsetzbar. Der Widerstand gegen diese Idee war so stark, dass ich alle meine Bemühungen aufgab. Doch hielt ich es für meine Pflicht, sie öffentlich zu verbreiten. Daher veröffentlichte ich in der Zeitschrift „New Europe“ (22.-28. März 2009, Nr. 826) einen Artikel mit dem Titel: „The choice of the President of the Commission, an important element in shaping European identity“.

---

## NEW EUROPE

Issue: 826, March 22 - 28, 2009

### The choice of the President of the Commission, an important element in shaping European identity

By Dr Ioannis M. Varvitsiotis

One idea that could be explored is that of the announcement, prior to the European elections, of the candidate the European political parties will support for the Presidency of the Commission. Today, the Commission's President



Doch dieser mutige Schritt hin zur europäischen Integration erfordert eine Fortsetzung. Der große Fehler, der vor vielen Jahren bei der Einführung der gemeinsamen Währung begangen wurde, muss korrigiert werden. Parallel zur einheitlichen Währungspolitik hätte auch eine einheitliche Haushaltspolitik eingeführt und ein europäischer Finanzminister eingesetzt werden müssen.

Doch aufgrund der von der Mehrzahl der Mitgliedstaaten vorgebrachten Einwände wurde diese sinnvolle Maßnahme nicht umgesetzt, und daher leidet Europa heute unter den ausgesprochen schwerwiegenden Auswirkungen dieses Versäumnisses.

Vielleicht ist heute der Zeitpunkt gekommen, um diesen bedeutenden Schritt zu setzen. Dies bedeutet natürlich nicht, dass nicht auch neue Schritte unternommen werden müssen, die zur Verringerung des demokratischen Defizits führen (z. B. müssen die nationalen Parteien vor den Wahlen bekanntgeben, wen sie als Kommissionsmitglied vorschlagen), wie auch Schritte hin zur europäischen Integration. So könnte im Zusammenhang mit den bedeutenden Schritten, die bereits im Bereich des Strafrechts unternommen wurden, die Stelle eines Generalstaatsanwalts eingerichtet werden.

Es bleibt zu hoffen, dass die nächste Kommission und die 27 Mitgliedstaaten diese Richtung einschlagen werden.

**Ioannis M. Varvitsiotis**  
**EPP-ED, Greece, (2004-2009)**  
**Head of the New Democracy Group in the European Parliament**

**DIE KAMPAGNE „TIME TO SAY NO!“**  
**Dieser Beitrag ist Malala Yousafzai gewidmet**

Presseclub Concordia, Wien

Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Das wird in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte festgelegt. In ihr sind gemeinsame Werte verankert, die sich von sozialen, philosophischen, politischen und kulturellen Traditionen der ganzen Welt herleiten lassen.

Trotz internationaler Übereinkommen und Ziele sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts Hunderte Millionen junger Menschen weltweit von Bildung ausgeschlossen. Internationalen Experten zufolge sind davon zu 60 % Mädchen betroffen, und der größte Teil dieser Menschen lebt in Südasien und Subsahara-Afrika. In einigen dieser Fälle gibt es schwer überwindbare politische Barrieren für den Zugang von Mädchen und Frauen zur Bildung.

Zu dem Zeitpunkt, als das pakistanische Mädchen Malala Yousafzai durch einen Kopfschuss schwer verletzt wurde, weil sie die vom Taliban-Regime auferlegten Beschränkungen der Schulbildung für Mädchen im Swat-Tal kritisierte, arbeitete ich an der Anthologie „In the Hug of Arms“ („Von Waffen eingekreist“) und erhielt von Henna Babar Ali, der Vorsitzenden des PEN-Clubs in Pakistan, ein Gedicht, das Malala gewidmet war. In ihm schrieb Henna unter anderem:

Eine Kugel riss ein Loch in mein Herz --  
Malala, dein Mut findet in 7 Milliarden Herzen seinen Widerhall --

Du bist das Licht --  
Und wir folgen Dir --

Du bist Bildung.  
Und wir dürfen auf deinem Weg nicht scheitern, denn sonst scheitern wir in der Menschlichkeit...

Anknüpfend an Malalas Lebensgeschichte, die einen Lichtblick für viele junge, nach einem besseren Leben strebende Menschen darstellt, möchte an einen der klügsten Köpfe meines Landes erinnern, einen Dichter und ausgezeichneten Übersetzer von Shakespeare ins Bulgarische. In einem seiner Artikel von vor über 60 Jahren beschrieb er, wie er jeden Morgen zum Bahnhof ging und auf den Zug wartete, der die Zeitungen lieferte. Voller Wissbegierde wollte er erfahren, was auf der Welt und im Leben und Streben anderer Menschen passierte. In seinem Artikel verglich er den Charakter von starren, freiheitseinschränkenden politischen Systemen mit einem Bauwerk, dessen Bausteine mit Verdacht, Feindseligkeit und Gewalt gegenüber jungen Menschen, neuen Ansichten und innovativen Ideen durchsetzt waren.

Zu seiner Zeit war ein Regime an der Macht, das das nationalsozialistische Deutschland unterstützte. Der Zugang zur Bildung hätte bedeutet, dass die jungen Menschen und ihre Zukunft nicht mehr kontrolliert werden könnten und dass ein für informelle Gespräche, den Informationsaustausch, den Protest und unzensurierte Entscheidungen „günstiges Umfeld“ geschaffen werden würde.

Heute sagt er, dass es weder ein System noch ein Regime noch eine Doktrin gibt, das bzw. die über Träume, Kühnheit und großen Mut die Oberhand gewinnen kann.

Heute verstehen wir unter Bildung Neugier, Kreativität, Ideenreichtum, Autonomie und Freiheit. Bildung verleiht jeder Person einen Wert.

Wir sagen „Nein!“ zu jedem System und jedem Regime, das einer Person diesen Wert nimmt.

**Mariela Baeva**  
**ALDE, Bulgaria (2007-2009)**